

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werkstage.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 Mk.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Letzterzeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 24.

Dienstag, den 29. Januar 1918.

75. Jahrgang.

Hefrige Kämpfe an der italienischen Front.

Das schlechte Beispiel.

In Wien ist es überstanden, und weil dort alles sozusagen gut abläuft, soll es jetzt auch in Berlin versucht werden. Staatssekretär Ballraf hat noch, bevor der Hauptausbruch des Reichstags auseinander ging, der Rache die Schelle angehängt und mit voller Offenheit von den Streikgefechten gesprochen, die in der hauptstädtischen Arbeiterschaft von mehr oder weniger unverantwortlichen Stellen durch namenlose Aufrufe, kleine Handzettel und mündliche Einwirkungen genährt werden. Er hat natürlich versichert, daß die Verbündeten Regierungen sich der Pflicht zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung und Sicherheit unter allen Umständen bewußt sind und danach das Nötige veranlassen werden. Er hat aber auch dem Vertrauen zu unserer Arbeiterschaft überzeugenden Ausdruck gegeben, daß sie unseren Brüdern an der Front nicht in den Rücken fallen, daß sie die innere Front nicht gefährden werden. Trotzdem werden die heimlichen Heber und Schürer von ihrem Treiben nicht ablassen, und nach allem, was man hört, haben sich auch ganze Belegschaften großer Werke bereit erklärt, ihren Einsäuerungen Folge zu leisten. Wir müssen also wieder einmal mit einem kleinen Nachschuß in der Heimat rechnen.

Wieder einmal; denn wir wollen nicht vergessen, daß wir schon im Frühjahr 1917 eine ähnliche Bewegung durchgemacht haben. Damals nahm sie von der vorübergehend notwendig gewordenen Herabsetzung der Brotkationen ihren Ausgang. Es geschah alles mögliche, um die dadurch in Erregung versetzten Gemüter zu beruhigen, und nach wenigen Tagen war alles wieder in Ordnung. Diesmal liegt keine ähnliche Veranlassung wirtschaftlicher Natur vor. In Wien nahm man die Herabsetzung der Weizenquote zum Vorwand, kam aber sehr bald mit den vier Punkten aus Tageslicht, die in der Weizenfrage nichts anderes als hochpolitische Forderungen darstellten: sofortiger allgemeiner — in einzelnen Programmen blieb es sogar auch: bedingungslos — Friedensschluß, Demokratisierung des Gemeinwesenrechts, Entmilitarisierung der kriegswirtschaftlichen Betriebe und zuletzt dann noch die Aufhebung der Selbstversorgung auf dem Lande. Die Regierung stimmte im großen und ganzen zu, und die Arbeit wurde nach und nach wieder aufgenommen. Die unruhige Stimmung ist aber nach übereinstimmenden Berichten von der Donau noch nicht gewichen, und niemand kann wissen, wie lange die jetzt getroffene Verständigung vorhalten wird. Bei uns werden die rein politischen Ziele der Bewegung ganz unverhüllt zur Schau getragen. Man will die Reichsleitung zwingen, um jeden Preis Frieden zu schließen, und hat gerade die letzten Januartage dazu ausserleben, weil jetzt in Brest-Litowsk die Verhandlungen mit Herrn Trotski wieder aufgenommen werden sollen, dem man es schuldig ist, sein glaubt, auch in der deutschen Heimat so etwas wie eine kleine und, wenn es geht, friedliche Revolution zu arrangieren, damit er unseren Delegierten gegenüber nicht gar zu sehr ins Hintertreffen gerät. Das im Osten im Westen aber will man unserer Obersten Heeresleitung offenbar durch Stilllegung der Rüstungsbetriebe die Hände binden; sie soll außer Stand gesetzt werden, die große Offensive gegen Frankreich und England durchzuführen, von der allein eine entscheidende Friedenswirkung auf unsere gefährlichsten Feinde zu erhoffen ist, und statt dessen auch den westlichen Diplomaten allein das Wort überlassen, die es dann schon verstehen würden, den Krieg in einer Weise zu beenden, daß die Volkswirtschaft des Bundes daran ihre helle Freude haben würden. Also ein Generalstreik als Druckmittel auf die Willensfreiheit der Regierung. Und nicht nur das. Auch der Reichstag soll diesmal mit vergewaltigt werden. Denn der Pakt, den er mit dem Reichskanzler Grafen Hertling bei dessen Ernennung geschlossen hat, besteht noch in voller Kraft; nach diesen Vereinbarungen werden die Reichsgeschäfte geführt, und eben erst hat die tagelang fortgesetzte Aussprache zwischen Hauptauschuss und Regierung über die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk eine unabweisbare Übereinstimmung in allen Grundzügen festgestellt.

Wir haben also ein kleines Seitenstück zu den Petersburger Erlebnissen: eine Minderheit — und bei uns ist es eine verschwindende Minderheit der Arbeiterschaft — will dem ganzen Volk und seiner auf breiter demokratischer Basis aufgebauten parlamentarischen Vertretung die Wege vorschreiben, die beschritten werden sollen. Man hat nicht die Macht, den Reichstag mit Maschinengewehren auseinanderzutreiben, will aber dafür an anderer Stelle unseres Volksgedäudes ein paar Sprengpatronen anlegen, um die Tragbalken zum Einsturz zu bringen, auf denen unsere Widerstandskraft gegen die äußeren Feinde beruht. Hier werden sich wieder einmal die Geister scheiden müssen. Die fortschrittlich gekennnten, die christlich-nationalen und auch die politischen Arbeiterkreise haben bereits gegen dieses Treiben Stellung genommen, während die sozialdemokratischen zunächst erst eine abwartende Haltung beobachteten. Machen aber die Unabhängigen Ernst mit ihren Plänen, dann wird diesmal auf allen Seiten Farbe zu bekennen sein, und manche Zweideutigkeit in unserem innerpolitischen Leben wird aufhören müssen, mit der wir uns noch immer schlecht und recht über gewisse Schwierigkeiten hinweggeschoben haben. Die deutsche Arbeiterschaft hat es jetzt in der Hand, unsere Lage nach innen wie nach außen hin ungemessen zu erschweren oder durch Aufrechterhaltung der

vollständigen Geschlossenheit unserem nationalen Willen vermehrtes Gewicht zu verleihen. Die Wahl sollte ihr nicht zweifelhaft sein — wenn anders es ihr wirklich um den Frieden zu tun ist.

Dr. Sy.

Die Forderungen der Streikenden.

Berlin, 29. Januar. Die streikenden Arbeiter haben nach dem „Vorwärts“ u. a. folgende Forderungen aufgestellt: 1. Schnelle Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigungen, 2. Zuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen, 3. Ausgiebige Nahrungsmittelversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände, 4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. Das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen, 5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben, 6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilten und Verhafteten sind sofort frei zu lassen, 7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatsverrichtungen in Deutschland und Einführung des allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechts.

Berlin, 29. Jan. Wie dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, ist die Streikbewegung seit gestern gestiegen. Nach vorsichtigen amtlichen Schätzungen dürfte die Zahl der Streikenden gestern Abend 120 000 betragen haben. Nach den Feststellungen der Streikleitung sind, wie der „Vorwärts“ meldet, nachmittags rund 250 000 Streikende gezählt worden. Man rechnet bestimmt damit, daß von den Arbeitern der noch nicht an der Fählung beteiligten Nachschicht etwa 50 000 hinzukommen werden, jedoch sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 300 000 beläuft. Der Streik erstreckt sich auf fast alle Betriebe der Rüstungsindustrie sowie auch andere Branchen.

Berlin, 29. Jan. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt: Abgeordnete aus Rheinland und Westfalen bestätigen, daß der Arbeiterschaft des westfälischen Industriegebietes eine wachsende Mißstimmung über den Gang der Wahlrechtsberatung sich bemächtigt. Im Interesse der Fortführung der Berg- und Hüttenproduktion hält man eine erhebliche Beschleunigung der Beratung daher für unerlässlich.

Kiel, 29. Jan. Sämtliche Werftarbeiter, auch diejenigen der Staatswerften haben gestern die Arbeit niedergelegt. Die Bäderläden werden seit Freitag militärisch und von bewaffneten Polizisten bewacht.

Hamburg, 29. Jan. Sämtliche Arbeiter der Pulkan-Werften haben gestern vormittag die Arbeit niedergelegt und begaben sich in geschlossenem Zuge durch die Hauptstraßen nach dem Gewerkschaftshause, wo sie eine ziemlich stürmisch verlaufene Versammlung abhielten. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen.

Dresden, 29. Jan. In Sachsen herrscht nach allen bisher vorliegenden Nachrichten in der Arbeiterschaft vollkommene Ruhe. Nirgendwo hat man bisher von einem Versuch gehört, es den Berliner Unabhängigen gleich zu tun.

Unter der Überschrift: „Steine auf den Friedensweg“ schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ redaktionell: Wenn unsere Feinde, die auf eine Revolution in Mittel-Europa und den Abfall der Sozialdemokratie vom Volksganzen spekulieren, erfahren, daß es in Deutschland tatsächlich zu Teilaufständen gekommen ist, so wird man sich in dem Wahne wissen, daß solche Hoffnung der Erfüllung nahe sei. Daß es sich in Wirklichkeit um verhältnismäßig geringe Arbeitermassen handelt, wird sie in ihrer Freude vorläufig nicht beeinträchtigen. Trotzdem ist gerade heute die Feststellung angebracht, daß es sich bei diesen Streikenden nicht um politisch denkende Männer und Frauen handelt, sondern in der Hauptsache um jugendliche beiderlei Geschlechts. Die Sozialdemokratische Internationale Correspondenz stellt das ausdrücklich fest.

Das Ausland hat das Wort...

Feindliche und neutrale Stimmen zur Lage.

Die feindliche Presse widmet den Ausführungen des Grafen Hertling und des Staatssekretärs v. Kühlmann

solange des Grafen Gaernin eingehende Berichte. Sie stimmen überein in der Ablehnung des Standpunktes der Mittelmächte. Daneben macht sich hier und da tiefe Mißstimmung darüber bemerkbar, daß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn kein Gegensatz besteht.

Frankreich lehnt ab.

Die französischen Blätter sind darin einig, daß die deutschen Friedensbedingungen nach wie vor unannehmbar seien.

Der „Matin“ meint, eine Kluft trenne Graf Hertling von der französischen Doktrin des Präsidenten Wilson, der die Verletzung Belgiens als ein Verbrechen und die Einverleibung Elzas-Lothringens als ein Unrecht verurteilt habe.

Wenn Hertling und Gaernin, sagt „Echo de Paris“, hoffen, Verprechungen mit England und den Vereinigten Staaten über den Kopf Frankreichs hinweg einleiten zu können, so täuschen sie sich. Zwischen den Verbündeten findet kein Meinungsaustrausch über eine gemeinsame Antwort statt.

Das Organ Clemenceaus „Somme libre“ schreibt: Wir sind nicht viel weiter gekommen als vorher, denn die Vertreter der Mittelmächte hüteten sich sorgfältig vor jeder klaren Stellungnahme, außer hinsichtlich der schroffen Ablehnung der Wiederherstellung des verletzten Rechtes. Der Deutsche mit Trotz und Doppelsinnigkeit, der Österreicher mit mehr Entgegenkommen und weniger Schroffheit bringen dieselbe Politik des preussischen Militarismus zum Ausdruck.

Die englische Presse.

steht in den Worten der Staatsmänner der Mittelmächte keine Grundlage für einen baldigen Frieden.

„Ball's Gazette“ meint, die Sabelherrschafft in Deutschland werde fort. Am meisten schmerzt sich das Blatt über die Forderung der Freiheit der Meere, die für England die Aufgabe Gibraltar, Malta, Aden und Hongkong bedeute.

Die „Times“ hebt hervor, daß der Gedanke Kühlmanns, die Verbündeten auf eine Konferenz zu bekommen, um sie dort zu trennen, keine Aussicht auf Erfolg habe.

Nur die „Daily News“, deren Stellung im Kriege immer gemäßigter war, findet, daß die Rede des Grafen Hertling zwar nicht die Tür zum Frieden öffne, aber sie auch nicht zuschlage.

Italienische Stimmen.

Die gesamte italienische Presse, soweit sie die Bemerkungen der Feinde, erklärt einstimmig, daß die Reden des österreichisch-ungarischen Staatsmannes und der deutschen Staatsmänner deutlich erkennen lassen, daß zwischen Wien und Berlin keine Meinungsverschiedenheit herrsche, daß vielmehr die Rollen sehr gut verteilt seien. Gaernin müsse vor allem aus innerpolitischen Gründen verständlich gegenüber den Westmächten, schmelzerisch gegenüber Rußland und hoffnungsfreudig zum eigenen Volke in bezug auf die Friedensmöglichkeit sprechen. Hertling dagegen müsse als Sprecher der zurzeit stärker denn je bestehenden amegionistischen alldeutschen Parteien auftreten und würde wohl mit einem offenen Annexionsprogramm auf dem Plan erscheinen, wenn nicht das Geistes des Programms der Reichstagsmehrheit ihn davon zurückhielte. Deutschland zeige durch seine neue unabweisende Haltung, welche vorzügliche Karte ihm der militärische Zusammenbruch Rußlands in die Hand gespielt habe. Für die Völker der Verbündeten handle es sich mehr denn je darum, durchzuhalten bis zum Siege.

Die Antwort Amerikas.

Die amerikanische Presse bezeichnet die Rede des Grafen Hertling allgemein als unausrichtig, die des Grafen Gaernin dagegen als verständlich. „Tribuna“ meint, die Antwort auf Hertlings Rede könne nur auf dem Felde gegeben werden. „New York Times“ schreibt, Graf Gaernin führe die Sprache eines Staatsmannes, der entschlossen sei, sehr weit zu gehen, während sich in der Rede Hertlings die frühere Annahme Deutschlands wiederhole.

Die Neutralen.

Die nordische Presse, allen voran die dänische, steht in den Reden Gaernins und Hertlings ein Anwachsen der Friedensmöglichkeit. Allerdings fehlt es auch nicht an Stimmen, die erklären, ein Entgegenkommen des Verbandes auf der Wilson-Gaerninschen Linie sei ausgeschlossen. Die schwedischen und norwegischen Zeitungen äußern sich sehr zurückhaltend.

In der Schweiz ist man allgemein der Ansicht, daß die Friedensdiskussion eröffnet sei. Der „Bund“ meint, es sei ein bedeutsamer Augenblick, wo fast gleichzeitig der Kanzler und der österreichische Minister des Auswärtigen in grundlegender Weise über den Frieden gesprochen haben. Dies bedeute, daß die öffentliche Aussprache über die Kriegs- und Friedensziele an amtlichen Stellen allgemein begonnen habe.

Die Stellung der holländischen Presse bringt der „Maasbode“ zum Ausdruck, indem er schreibt: Die Frage, ob die bisherige Friedensdebatte den Frieden näher gebracht, läßt sich weder mit ja noch mit nein beantworten. Aus der Rede des Reichskanzlers sprach das Friedensverlangen Deutschlands, aber die praktischen Hindernisse für den Frieden, die nach der Rede bestehen bleiben, sind ernst genug.

Wieder in Brest-Litowsk.

Neue Verhandlungen.

Herr v. Rühlmann und Graf Czernin, die Friedens-untersändler Deutschlands und Österreich-Ungarns, sind wieder in Brest-Litowsk eingetroffen, und da auch das Erscheinen des russischen Volkskommissars Trotski in diesen Tagen angelegt war, ist mit der allbaldigen Aufnahme der unterbrochenen Verhandlungen zu rechnen. Herr Trotski soll angeblich neue Vollmachten und Instruktionen mitbringen. Ob die russischen Vertreter mit Trotski an der Spitze nunmehr eine entgegenkommendere Haltung als vor der Vertagung einnehmen werden, läßt sich noch nicht absehen. Nur davon aber wird die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit eines günstigen Ausganges der Verhandlungen abhängen.

Trotski will nicht nachgeben.

Nach einer Meldung aus Petersburg erstattete Trotski vor dem Generalkongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg einen Bericht über den Stand der Friedensverhandlungen. Trotski bezweifelt in diesem Bericht die Möglichkeit einer Verständigung, da die Delegierten der Zentralmächte angeblich rein kapitalistische Interessen vertreten und den „freiwilligen“ Forderungen der maximalistischen Delegierten nur scheinbare Zugeständnisse machen. Die russische Delegation in Brest-Litowsk werde unbedingt auf ihren Standpunkt verharren und den Kampf gegen den internationalen kapitalistischen Block zäh und unbeirrt fortsetzen. — Infolge dieses Vortrags greift das links-sozialistische Blatt „Maxim Gorkis“ „Kowoj Schisa“ Trotski heftig an und sagt, er mißbrauche eine so wichtige Sache wie die Friedensverhandlungen zu parteipolitischen Zwecken.

Trotski nach Brest-Litowsk abgereist.

Petersburg, 28. Jan. Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten, Trotski, ist in der vergangenen Nacht nach Brest-Litowsk abgereist.

Die Stadt der Friedensverhandlungen.

Aus Brest-Litowsks Vergangenheit.

Die Kreisstadt Brest-Litowsk im Gouvernement Grodno hat den Titel „Stadt des Ruhmes“ (Ir Tehilla), der ihr schon 1885 in einem in hebräischer Sprache erschienenen, die Geschichte der jüdischen Gemeinde des Ortes behandelnden Buche gegeben wurde, sich erst jetzt wirklich verdient. So ganz neuen Gepräges ist aber dieser Ruhm trotzdem nicht, denn Brest-Litowsk hat auch schon in früheren Jahrhunderten eine nicht unwichtige geschichtliche Rolle gespielt.

Die Gründungszeit der Stadt, die ursprünglich an der Mündung des Njamez in den Bug gelegen war, wird in das 10. Jahrhundert verlegt, und als Gründer werden die Bugjanten angesehen. Urfundlich geschieht der Stadt zum erstenmal im Jahre 1015 Erwähnung, und zwar unter ihrem ursprünglichen Namen „Beresta“, was Wäldernde bedeutet. Wälder wurde mehrmals verwüstet und wechselte ebenso oft den Herrscher, bis die Stadt in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts der Macht der Litauer unterlag. Ihren heutigen Namen Brest-Litowsk (polnisch: Brzesko Litewski) erhielt die Stadt jedenfalls nicht vor 1840, wo dieser Name in der Bezeichnung „Litauisches Brest“ zum erstenmal zum Ausdruck kam. In den Kämpfen der Litauer gegen den deutschen Ritterorden in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts erlebte Brest schon einmal einen Friedensschluß in seiner Mitte und zwar 1435, im Todesjahre des ersten Jagellonen. Im Jahre 1511, nach der Niederwerfung des Aufstandes des Fürsten Gliniski, hielt der polnische König Sigismund I. einen Fürstentag in Brest ab, auf dem verschiedene wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Für das damalige hohe Ansehen der Stadt spricht, daß im Jahre 1569 der einflußreiche und in Litauen vorkämmlische Fürst Mikolaj Christoph Radzivil seine Residenz nach Brest-Litowsk verlegte. Während des polnisch-schwedischen Krieges wurde Brest-Litowsk von den schwedisch-brandenburgischen Truppen des Grafen Waldeck, der dort vierzig polnische Geschütze erbeutete, überfallen. Als bedeutendes geschichtliches Ereignis kann die 1595 und 1596 in Brest-Litowsk abgehaltene Synode angesehen werden, auf der den langjährigen Kämpfen zwischen den

Anhängern der römisch-katholischen Kirche und den Ruthenen als orientalischen Orthodoxen durch den Beschluß der Vereinigung ein Ende gemacht wurde. Im Jahre 1793 führte Suworow bei Brest-Litowsk einen nächtlichen Überfall auf die gegnerischen Truppen aus.

Im russisch-preussischen Vertrage vom 23. Januar 1793 über die zweite Teilung Polens fiel Brest-Litowsk an Rußland, das es 1796 zu einer Kreisstadt des ehemaligen Gouvernements Slonim und 1801 zu einer solchen des Gouvernements Grodno machte. Nach der dritten Teilung Polens wurde Rußlands Aufmerksamkeit auf Brest-Litowsk als einen wichtigen strategischen Punkt gelenkt. Seine Fest- und seine provisorischen Befestigungen wurden verstärkt. Im Jahre 1807 gestaltete Ingenieur-General Suchtelen Brest-Litowsk zum Stützpunkt der Verteidigung der russischen Westgrenze und arbeitete einen Plan für den Bau einer neuen Festung aus. Er kam nicht zur Ausführung und ebensowenig ein späterer Plan des Leiters des polnischen Ingenieurkorps. Eine völlige Niederlegung erfuhr aber Brest-Litowsk auf den kategorischen Befehl des Zaren Nikolaus I. Im Jahre 1830 war bereits das letzte Wohnhaus der alten Stadt niedergelegt. Der Aufbau der neuen Stadt, der auf einem Hügel von der Zitadelle in 1200 Meter Entfernung angewiesenen Plage erfolgen durfte, geschah nach einem Plan der russischen Regierung, der zwei Vorstädte der Festung vorsah: die Robriner und die Wolonsker Vorstadt. Aus der Robriner Vorstadt ist dann allmählich die heutige Stadt Brest-Litowsk entstanden, die im Jahre 1912 mehr als 57 000 Einwohner (die Hälfte Israeliten) zählte. Die Ergänzungsarbeiten für die Befestigung von Brest-Litowsk wurden noch in den Jahren 1859 bis 1869 vom General Lotleben ausgeführt. Auch die Generale Kuropatkin und Suchomlinow erließen Verfügungen, um Brest-Litowsk als Festung zu verstärken.

In der Nacht vom 25. auf den 26. August 1915 zogen die verbündeten deutsch-österreichischen Truppen unter dem Generalobersten von Mackensen in Brest-Litowsk ein, und es bot sich ihnen hier ein Bild der Verwüstung.

Dr. S.

Die Kämpfe in Rußland.

Orscha von den Polen befreit.

Stockholm, 28. Januar.

Polnische Legionäre besetzten die Station Orscha im Gouvernement Mählen und entwaffneten die russische Garnison. Ebenso besetzten sie die Stationen nördlich und südlich von Orscha, wo sie die russischen Posten entwaffneten. Das Vorgehen erfolgte, weil die Volkskommissare die Leiter der polnischen Militärvereinigungen verhaftet hatten.

Es handelt sich dabei natürlich um polnische Legionäre, die bisher auf russischer Seite kämpften. Infolge der jüngsten siegreichen Ereignisse war von Petersburg aus die Auflösung der national-polnischen Truppenverbände verfügt worden. Das war der Anlaß zu den blutigen Zusammenstößen.

Kriegszustand zwischen Rußland und Rumänien?

Nachdem die rumänische Regierung das Petersburger Ultimatum abgelehnt hat, besteht zwischen beiden Staaten der Kriegszustand.

Die Kämpfe zwischen Berlin und Galatz nehmen ihren Fortgang. Nach den Angaben maximalistischer Blätter müssen sich die maximalistischen Truppen vor den Rumänen in dieser Gegend überall zurückziehen. Rumänische Abteilungen überschritten den Dnepr und besetzten eine Reihe in Rußland gehörender Dörfer und richteten sie als Brückenköpfe ein.

Diese Stellungen sind von stärkeren rumänischen Abteilungen mit Artillerie besetzt worden, um den Einfall maximalistischer Truppen von Odessa aus in die Moldau zu verhindern. Das gesamte Gebiet der Moldau soll von maximalistischen Truppen und marodierenden Bänden gesäubert werden.

Straßenkämpfe in Petersburg.

In verchiedenen Stadtvierteln Petersburgs fanden in den letzten Tagen Barrikadenkämpfe statt.

Nach den Angaben der links-sozialrevolutionären „Enamja Truda“ stehen in den Straßen Petersburgs Arbeiter gegen Arbeiter, Soldaten gegen Soldaten im Kampf. Die Haltung der Petersburger Garnisonstruppen beginnt zu

schwanken. Seit dem 18. Januar sind nicht weniger als 6800 Personen in Petersburg verhaftet worden.

Ein südrussisches Bündnis.

Nach dem „Niewsta Nisch“ sind die Verhandlungen in Jekaterinodar über die Bildung eines südrussischen Bündnisses zur Verteidigung gegen die maximalistische Gefahr zum Abschluß gekommen. Sämtliche südrussischen Republiken wollen gemeinsam gegen die Bolschewiken in Südrußland vorgehen und auch gemeinsam eine Nationalgendarmerie zur Säuberung der in Frage kommenden Gebiete aufstellen. Das Zustandekommen dieses Bündnisses dürfte die Lage der Maximalisten in Südrußland erschweren.

Die Lage im Osten.

Allem Anschein nach sind die Russen bemüht, ihre im südlichen Teil der Front stehenden Truppen freizubekommen, um sie andenkweit zu verwenden. Sie stießen dabei teilweise auf den Widerstand der Rumänen. Wenn es nun auffallend erscheinen könnte, daß die Rumänen bemüht sind, die russischen Armeen festzuhalten, die im ausgehenden rumänischen Lande doch als unbenutzte Mittel empfinden werden müssen, so kann man eine Erklärung dieses rumänischen Verhaltens vielleicht in der Absicht finden, eine eigene Armee vom Frontdienst freizubekommen, um damit Pläne in Mesopotamien zur Ausführung zu bringen oder auch um der sich dort befindlichen Magazine zu bemächtigen.

Die Verbindung mit Petersburg unterbrochen.

Stockholm, 28. Jan. Seit gestern ist die telegraphische Verbindung zwischen Stockholm und Petersburg unterbrochen. Die finnische Übergangsstation Nyssad signalisiert, daß die rote Garde die Linien abgeschnitten habe. Auch mit Finnland besteht keine Verbindung. Man erfährt aber von Haparanda, daß vollständige Anarchie in Finnland herrsche. Finnlands Unglück sei noch dadurch vermehrt worden, daß die Bolschewikregierung erklärt habe, sie sei geneigt, ihren Grundrissen gemäß die finnischen Revolutionäre im Streit gegen die bürgerliche Gesellschaft zu unterstützen.

Ankündigung eines Gemetzel.

Kopenhagen, 28. Jan. „Dagens Rubeter“ meldet aus Haparanda: In einer der letzten Sitzungen des Sowjets erklärte der Direktor der Kanäle der Bolschewikregierung, daß in Petersburg ein großes Blutbad unmittelbar bevorstehe.

Bürgerkrieg im Kaukasus.

Basel, 28. Jan. In Tiflis im Kaukasus ist laut einer Meldung der Agence Havas der Bürgerkrieg ausgebrochen.

Gegen Trotski.

Petersburg, 28. Jan. Die Delegierten von neun Armeen stimmten gegen die Verhandlungstakt Trotskis in Brest-Litowsk. Nur drei Delegierte erklärten sich für ihn.

Erdbeben in Siegen.

Stockholm, 28. Jan. Das hiesige ukrainische Informationsbureau erklärt, daß die Siegesmeldungen der Bolschewiken zum Teil erfunden, zum Teil maßlos übertrieben seien.

Der Kriegszug der Polen.

Stockholm, 28. Jan. Ein Radiotelegramm aus dem Hauptquartier in Odessa teilt mit, daß die Polen sich jetzt längs der Eisenbahn nordwärts und südwärts ausbreiten. Eine größere Zahl von Bahnhöfen ist bereits von den Polen besetzt. Die Verbindungen zwischen Petersburg und Minsk sind dadurch auf Umwegen. Krenko berichtet diese Tatsachen den Volkskommissaren, die unverzüglich Maßnahmen beschließen, um die polnischen Truppen aus den von ihnen besetzten Plätzen zu vertreiben.

Maximalisten und Rumänen.

Järich, 28. Jan. Der rumänische Gesandte in Petersburg ist immer noch von seiner Regierung abgelehnt und besitzt keine Nachrichten über die Operationen der rumänischen Armee gegen die russische Armee in der Moldau. Diamandi wurde benachrichtigt, daß das Smolni-Institut neue Maßnahmen, so z. B. die Ausweitung der rumänischen Militärkommission und des Gesandtschaftsperzonalen, plane. Den rumänischen Schiffen ist das Verlassen Odessas verboten worden.

Der erste deutsche Gesandte in Finnland.

Kopenhagen, 28. Jan. Nach der Meldung eines schwedischen Blattes aus Göttingen soll der dortige deutsche Generalkonsul Freiherr v. Brück zum ersten Gesandten des Deutschen Reiches in Finnland angetreten sein.

ein leichtes sein, das Geschäft an mich zu bringen und es vermöge meines Geldes und meiner Geschäftsfähigkeit wird es nicht still stehen, darauf gebe ich Ihnen mein Wort.

„Das steht völlig in Ihrem Belieben.“

„Wünschen Sie, daß ich Herrn von Rohmann rufen lasse?“

„Wenn Sie die Güte haben wollen.“

Dehn drückte auf die Klingel und sagte dem eintretenden Diener, er möge Herrn von Rohmann rufen. Wenige Sekunden später trat Rohmann in sein Arbeitszimmer. Als er den Staatsanwalt sah, der ihm kürzlich persönlich bekannt war, stutzte er. Er trat an seinen Schreibtisch und blieb neben ihm stehen. In höflichster Weise setzte der Staatsanwalt die Ursache seines Kommens auseinander: Wie bekannt schloß Rohmann die Augen. Als das Wort Verhaftung gesprochen war, sank Rohmann lautlos in sich zusammen, im Hallen schlug er mit der Schläfe auf die Kante seines Schreibtisches. Rasch bettete man ihn auf ein Sofa. Ein junger Arzt, der sich in der Gesellschaft befand, legte den ersten Verband an. Aber die Kunde, daß Rohmann ein Unfall zugefallen, zerstörte plötzlich die heitere Stimmung im Speiseaal völlig. Frau von Rohmann eilte sofort zu ihrem Gatten, um ihm Hilfe zu leisten. Die Gesellschaft mußte notgedrungen vorzeitig aufbrechen. Nur der alte Dehn und Georg Parker blieben. Als der erste Bluterguß gestillt war, bat der Staatsanwalt, der bis dahin im Hintergrund des Zimmers gestanden hatte, den Arzt ins Nebenzimmer.

„Ich bin die traurige Veranlassung dieses Unfalls. Ich bin hergekommen, um Herrn von Rohmann zu verhaften.“

Der junge Arzt erschrak heftig.

„Ich möchte auf jeden Fall Frau von Rohmann schonen. Und es ist vielleicht ratsam, daß Sie die sofortige Überführung Rohmanns in das Krankenhaus anordnen. Er wird ja vermutlich doch zuerst in der dortigen Gefangenenaufteilung untergebracht werden. — Eine unmittelbare Gefahr liegt doch nicht vor?“

Nicht die geringste. Eine schwere Ohnmacht ist es allerdings, aber es ist durchaus ratsam, den Transport sofort vorzunehmen. Es könnte in der Tat zu furchtbaren Szenen führen.“

Die Schule des Lebens.

Original-Roman von Leonhard Reßner.

40. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Diener hatte den Herrn in das Arbeitszimmer Parkers geführt, dort fand ihn Dehn wartend.

„Sie verzeihen die Störung, Herr Dehn. Aber eine in Ihrem Interesse außerordentlich drängende Angelegenheit führt mich her. — Mein Name ist Dr. Bing, Staatsanwalt — und Sie begreifen, daß ich meine Karte nicht in den Speiseaal schicke.“

„Ich danke Ihnen für Ihre Rücksicht. — Bitte, nehmen Sie doch Platz — womit kann ich Ihnen dienen?“

Herr Dehn — es ist vor wenigen Tagen von Seiten der Staatsregierung Anzeige erstattet worden gegen den derzeitigen Chef der Firma Emanuel Rohmann Söhne, Herrn Heinrich von Rohmann.“

„Um Gotteswillen!“ brach Dehn unwillkürlich aus.

„Ja, weshalb denn?“

Es ist seit mehreren Monaten festgestellt worden, daß die Firma zu ihren Staatslieferungen minderwertiges Material gebraucht hat.“

„Ja, das ist doch aber — wenn es auch wahr sein sollte, woran ich aufrichtig zweifle, noch kein Grund zur Strafanzeige. Ich habe in den letzten Tagen mit aller denklichen Umsicht die Korrespondenzen mit der Regierung geprüft und bis auf unwesentliche Dinge durchaus keine Reklamationen gefunden. Ich bin denn doch der Überzeugung, daß man in solchen Dingen erst verfahren soll, gütlich auseinanderzusetzen, bevor man zu scharferen Maßnahmen greift.“

Auch die Staatsanwaltschaft vertrat zuerst durchaus diese Ansicht. Aber unsere eingehenden Untersuchungen haben erwiesen, daß es sich hier zweifellos um betrügerische Manipulationen handelt. Es ist nicht etwa gerade zufällig bei einer Lieferung minderwertiges Material unterlaufen, sondern die Verwendung ist so systematisch geschehen, und die betrügerischen Manipulationen sehen mit so großer Vorsicht an den scheinbar nebensächlichen und deshalb wenig beachteten Dingen an, daß die wahre Absicht zu betrügen für uns offenbar erwiesen ist. Nun kommt dazu, daß die Firma Rohmann seit längerer Zeit mit großen finanziellen

Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die ein derartig betrügerisches Verfahren zwar nicht entschuldigen, aber erklären — oder eigentlich erklären würden, wenn nicht festgestellt wäre, daß die Betrügereien auf Jahre zurückreichen. Der volle Umfang dieser Geschäfte ist noch gar nicht zu übersehen. Jedenfalls sind bis jetzt Schädigungen bis zum Betrage von etwa dreiviertel Millionen Mark festgestellt.“

„Unglaublich, unglaublich!“

„Nun begibt die Staatsanwaltschaft die Vermutung, daß auch Sie, Herr Dehn — wir haben heute durch die Zeitung von Ihrer Verbindung mit Rohmann erfahren — in dieser Verbindung durch irgendwelche Verschleierungen oder betrügerische Verlockungen getrieben worden sind. Und wir glauben Ihnen deshalb Frist geben zu müssen, um von diesem Handel noch rechtzeitig zurücktreten zu können. Da Herr von Rohmann sicher im Besitz größerer Geldmittel ist, so liegt ein Fluchtverdacht vor. Das Haus ist bereits von Kriminalbeamten unauffällig umstellt, und die Verhaftung dürfte unmittelbar nach meiner Unterredung mit Ihnen stattfinden.“

Der Staatsanwalt hatte mit einer kühlen, glatten Verbindlichkeit gesprochen. Auf den alten Dehn wirkten diese Mitteilungen niederschmetternd.

„Wäre das möglich — wäre das möglich?“ so sprach er unaufhörlich vor sich hin.

Nach allem, was wir von der Sache wissen, Herr Dehn, scheint der Untergang des Hauses Rohmann besiegelt zu sein. Denn Sie werden vermutlich Ihre finanzielle Unterstützung zurückziehen, und das Haus kracht zusammen.“

Blödsinn hatte Herr Dehn seine volle Fassung zurückgewonnen.

Sie irren, Herr Staatsanwalt. Die Maschinen dieses Hauses werden nicht still stehen. Wenn auch die Güte der Zeit eine formelle, handelsgerichtliche Eintragung bisher nicht erlaubte, so habe ich mich doch mit Handschlag verpflichtet.“

„Es würde ein leichtes sein!“

„Ich weiß, was Sie sagen wollen — aber es gibt zwei Möglichkeiten: entweder ist Herr von Rohmann unschuldig, dann will ich derjenige sein, der sein großes und schönes Unternehmen für ihn und mich gerettet hat. Oder aber Herr von Rohmann ist schuldig, dann wird es mit

Der Krieg.

Der Abendbericht.

Berlin, 28. Jan. (Amtlich.)

Zwischen der Platte und der Brenta sind mit italienischen Regimentern heftige Kämpfe entbrannt. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Heeresbericht.

Amtlich wird verlautbart:

Auf der Hochfläche der Siebengemeinden steigerten sich die Artilleriekämpfe zeitweise zu größter Heftigkeit.

Der Chef des Generalstabes.

Neue Bezeugungen.

Ein anschauliches Bild unserer militärischen Überlegenheit gegenüber dem Massenaufgebot unserer Feinde gibt eine Gegenüberstellung der kriegserfolgreichen, welche die Mittelmächte und der Bieleverder im gleichen Zeitraum vom 1. Dezember 1917 an zu verzeichnen haben.

Mittelmächte	Bieleverder
Gefangene	45 000
Geiseln	243
Maschinengewehre . . .	1 000
Minenwerfer	85
Die Bittern auf Seiten des Bieleverder entkommen den amtlichen feindlichen Heeresberichten.	5 401
	11
	204
	8

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Berlin, 28. Jan. (Amtlich.) Unsere U-Boote fügten dem Feinde wiederum einen Verlust von 18 000 Br.-Reg.-Ton. Handelschiffraum zu. Drei große Dampfer wurden unter der trischen Küste versenkt, zwei von ihnen fuhren in einem durch Zerstörer stark gesicherten Geleitzug. Einer der Dampfer war der bewaffnete englische Dampfer „Marton“ (3048 Br.-Reg.-Ton.)

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Berlin, 28. Jan. Wie wir hören, sind in der Zeit vom 1. Februar 1917 bis 31. Dezember 1917 27 Truppentransportdampfer und 265 Schiffe mit Kriegsmaterial, darunter 97 mit Munition und fertigem Kriegsgerät von unseren U-Booten versenkt worden. Die hiermit vernichtete Menge von Munition würde den Bedarf von 30 Divisionen zu je 15 000 Mann über einen Monat gedeckt haben.

Ein Cunard-Dampfer torpediert.

Neue U-Boot-Erfolge.

Nach einer Neutermeldung wurde der Cunarddampfer „Andania“ (13 405 Tonnen) mit 40 Passagieren und 200 Mannschaften auf der Andree auf der Mittelsee torpediert. Alle konnten sich in die Boote retten und wurden nach einer Stunde aufgegriffen. Man hofft, den Dampfer in den Hafen bringen zu können.

Dieser Reuterbericht ist offenbar für die Öffentlichkeit gemacht, um den deutschen Erfolg nicht zuzugeben, der um so erfreulicher ist, als sein Schauplatz im Norden Irlands liegt.

Kleine Kriegspost.

Stockholm, 28. Jan. Der finnische Landtag hat eine Abordnung von 8 Mitgliedern gewählt, die Finnland bei den Friedensverhandlungen in Brüssel vertreten wird.

H Haag, 28. Jan. Reuter meldet, daß die britischen Truppen ein weiteres Stück der Westfront übernommen haben. Die britische Front erstreckt sich jetzt bis südlich St. Quentin.

Lugano, 28. Jan. Der Schweizer Rittmeister teilte mit, daß während des Krieges 55% der italienischen Handelsflotte versenkt worden sind.

Luzern, 28. Jan. Die „Stampa“ meldet aus London, der englische Kriegsminister Lord Derby wolle wegen des in der englischen Heeresleitung entbrannten Meinungsstreites zurücktreten.

Genf, 28. Jan. Der französische General Faurie, Caillaux' Freund, der in den Florentiner Vorlesungen genannt wurde, ist angeblich wegen Alters, abgesetzt worden.

Mit viel Takt wurde nun alles weitere angeordnet und nach einer halben Stunde war Rohnmann, der das Bewußtsein noch immer nicht wiedererlangt hatte, auf dem Wege nach dem Krankenhaus, während Dehn es übernahm, bei Frau von Rohnmann zu bleiben.

Aber wie kam es denn nur, wie konnte er so fallen? Jammerter Helene, die außer sich darüber war, daß ihr Gatte ins Krankenhaus geschafft worden war, und daß man ihn verlobt hatte, mit ihm zu führen.

Als sie sich etwas beruhigt hatte, begann Dehn sie langsam vorzubereiten. Er versicherte ihr zunächst, daß eine Gefahr durchaus nicht bestehe. Und dann erzählte er ihr so schonungslos wie möglich den Tatbestand. Aber merkwürdig, je vorsichtiger er sprach, desto ungeduldiger wurde Frau Helene.

Sagen Sie mir alles, alles.“ Ihre Augen glänzten, ihr Atem ging rascher. Als Dehn geendet hatte, drückte sie ihm die Hand und sagte: Herr Dehn.

„Ich danke Ihnen, Herr Dehn. Denn nun bin ich vollkommen beruhigt. Ich weiß, Heinrich ist nicht in Gefahr. Aber ich weiß noch mehr: Heinrich ist kein Verräter! Ich weiß es! Ich kenne diesen Mann durchaus. Es ist nichts Falsches an ihm. Möglicherweise ist er leicht gehandelt, daß er unvorsichtig und unklug war, möglicherweise — tausend Möglichkeiten — nur eins nicht: daß er ein Verräter ist. Und die Untersuchung wird es beweisen. — Herr Dehn, ich bin nur eine schwache Frau, aber dieser Glaube macht mich stark. Heinrich wird aus der Untersuchung als makelloser Ehrenmann hervorgehen. Ich fühle es.“

Und Dehn nickte:

„Ich fühle es auch, Heinrich von Rohnmann ist ein durchaus ehrlicher Mensch und ich werde mich nicht von ihm ab. Wenn es Ihnen recht ist, übernehme ich morgen die Leitung der Geschäfte.“

„Ich danke Ihnen, ich vertraue Ihnen. Mein armer Heinrich wird jetzt eine schlimme Zeit durchmachen. Aber für ihn hat das Gefängnis keine Schrecken. Denn alles wird sich zum besten wenden!“

„Sie sind eine tapferere Frau!“

„Und nun fahren Sie nach Hause und grüßen Sie Frau und Tochter.“

(Fortsetzung folgt.)

Vom Tage.

Englands egoistisches Kriegsziel in Belgien.

Die „Times“ schreibt unter dem 19. Januar: „Unsere Staatsmänner haben oft erklärt, daß wir entschlossen sind zu kämpfen, bis wir gesichert haben: die Wiederherstellung Belgiens, Frankreichs und Serbiens, die Freiheit der kleinen Nationen, Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmungsrecht als Grundlage für einen dauernden Frieden, Demokratie und die Liga der Nationen. Diese Erklärungen sind alle richtig und doch kämpfen wir im Grunde nur für unsere eigene Sicherheit. Wir sind in den Krieg eingetreten wegen Belgien, dessen Neutralität aufrechtzuerhalten wir uns verpflichtet hatten. Warum haben wir uns aber dazu verpflichtet? Weil wir in den ersten Jahrzehnten auf Grund der Lehre der vorhergegangenen großen Kriege mit Recht der Ansicht waren, daß diese Unverletzlichkeit Belgiens und die Sicherheit des Kanals für unsere eigene Unabhängigkeit notwendig sind.“

Der rumänische Ministerpräsident Bratianu zurückgetreten.

Berlin, 28. Jan. Wie gemeldet wird, hat der rumänische Ministerpräsident Bratianu seine Entlassung gegeben. Zum Nachfolger soll General Averescu ernannt werden.

Keine Reform des Pressegesetzes.

Berlin, 28. Jan. Ein diesiges Blatt will erfahren haben, das Pressegesetz und das Urheberrecht seien im Reichskanzlei einer Neubearbeitung unterzogen worden. Die neuen Entwürfe sollten dem Reichstage sofort nach Friedensschluss vorgelegt werden. Die Mitteilung ist unzutreffend: im Reichskanzlei ist von einer bevorstehenden Reform des Pressegesetzes nichts bekannt, noch weniger von einer Umgestaltung des Urheberrechtes.

Eine Zentralkasse für Frachtraumverteilung.

Berlin, 28. Jan. Zwischen dem Reichswirtschaftsamt und den großen deutschen Reedereien wurde eine Vereinbarung getroffen, laut welcher ein neues Amt geschaffen wird, das als Zentralkasse für die Frachtraumverteilung nach dem Kriege dienen soll.

Die Türkei zu den Erklärungen Hertings und Czernins.

Konstantinopel, 28. Jan. Die türkische Presse behauptet, es eingehend mit den Erklärungen des Grafen Herting und des Grafen Czernin, aus denen sie namentlich die Stellen über die Bundesstreue und die Erhaltung der Unversehrtheit des türkischen Reiches hervorhebt. Man stellt dankend die Bedeutung fest, die die Verbündeten der Türkei dieser Frage beilegen; es komme darin die Würdigung der Aufopferung zum Ausdruck, mit der die Türkei ihre Aufgabe erfüllt habe.

Bulgariens Gebietserwerbungen.

Sofia, 28. Jan. Der Sozialer Berichterstatter des „Borba“ meldet: Radostawow erklärte einer Abordnung aus der Morawagegend, Bulgarien werde unbedingt und unter allen Umständen Gebiete behalten, auf denen sich bulgarische Soldaten befinden. „Wir halten nur besetzte und nicht annektierte Gebiete.“, sagte er hin.

Eine gemeinsame Antwort der Alliierten?

Genf, 28. Jan. „Echo de Paris“ will erfahren haben, daß die Alliierten über eine gemeinsame Antwort auf Hertings und Czernins Kundgebungen beraten. Ferner steht eine große Kammerrede Clemenceaus bevor.

Unions gekämpft.

Rotterdam, 28. Jan. Geddes teilte dem Leiter des englischen Bergarbeiterverbandes in einer Rede mit, daß die englischen Arbeiter während dieses Jahres gegen 1917 das Doppelte an Schiffsmaterial, Munition und Flugzeugen erzeugen müssen, wenn die Lage Englands Ende 1918 nicht die gleiche wie 1917 sein solle. Wenn wir dies nicht zustande bringen, sagte Geddes, so haben wir drei Jahre unions gekämpft.

Amerikanisch-norwegisches Abkommen.

H Haag, 28. Jan. Das Kriegshandelsamt in Washington bestimmte den Bedarf Norwegens an Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsartikeln. Es wurde Namien, dem norwegischen Abgeordneten, eine Liste jener Waren vorgelegt, die die Vereinigten Staaten zu liefern gewillt sind. Das Kriegshandelsamt legt dafür Norwegen die Bestimmung auf, den Mittelmächten keine Stoffe für Munition und keine Nahrungsmittel, außer 45 000 Tonnen Fisch, zu liefern.

Clemenceaus Feldzug gegen den Frieden.

vt. Der französische Ministerpräsident ist in maßlosen Jörn geraten wegen der zunehmenden Friedensstimmung im Lande. Da er sonst keine Mittel mehr sieht, die überall sich zeigende Friedensneigung zu bekämpfen, begünstigt er jetzt das Land mit Ausnahmegerichten, die womöglich alle friedlichgesinnten in Kerker und Banden oder auf den Sandhaufen bringen sollen. Soeben hat Clemenceau zwei neue Kriegesgerichte in Paris ins Leben gerufen, die ausdrücklich dazu bestimmt sind, die Friedenspropaganda mit ihren Urteilen zu ersticken.

Ob der alte Mann mit diesem neuen Gewaltmittel wirklich die Erfolge erhofft, die Frankreich auf dem Schlachtfelde verjagt geblieben sind?

Castro findet kein Obdach mehr.

vt. Der ehemalige Präsident Castro von Venezuela, dessen Name einstmalig so bekannt war, und der sich nicht scheute, den mächtigsten Staaten Europas entgegenzutreten, ist ein Verbannter und hält sich auf Trinidad auf. England will ihm dort den Aufenthalt nicht länger erlauben, Frankreich lehnte seine Bitte um Aufenthalt ab, ebenso wollen die Vereinigten Staaten ihm kein Obdach geben. Jetzt versucht er nach Italien zu gelangen, das ihn aber auch als treuer Vasall Englands kaum willkommen heißen wird.

In seiner Heimat ist sein ehemaliger bester Feind, Gomez, Präsident. Castro hat also tatsächlich kein Unterkommen mehr. So vergeht die Herrlichkeit der Welt.

Der U-Bootkrieg entscheidend.

vt. Diese Ansicht gewinnt in England trotz aller Regierungsversicherungen an Boden. So schreibt das Blatt „Nation“:

Die 13 großen Dampfer, die in der Statistik der Admiralität über die erste Januarwoche als versenkt angegeben werden, sind die ernstlichsten Faktoren der heutigen Lage. Der Schiffsverkehrsverkehr in unseren Häfen war während der verflochtenen Woche kleiner, als es seit langer Zeit der Fall war. Die Anzahl der versenkten großen Schiffe bleibt durchschnittlich auf derselben Höhe und wirkt schlecht zu den englischen und französischen Versicherungen, wonach der U-Bootkrieg ein Beschlag sein soll.

„Nation“ ist der Meinung, daß der U-Bootkrieg die entscheidende Kraft der gesamten militärischen Lage sei.

was in oft genug gesagt worden, die Engländer wollten es aber nie zugeben. Späte Einsicht ist immerhin besser als gar keine.

Der bis in den Tod getreue Lloyd George.

vt. In seiner letzten großen Rede rief Lloyd George den Franzosen den Trost zu: Wir werden Frankreich in der eifrig-lothringischen Frage bis in den Tod folgen. In Frankreich hat diese immerhin etwas zweideutige Phrase wenig Entzücken hervorgerufen. Im „Journal du Peuple“ meint Henri Fabre: „Ich glaube nicht, daß die Eifrig-Lothringer selbst die Rückkehr um den Preis unseres Todes und den unseres guten englischen Freundes wünschen.“

Ganz gleich, ob diese Wendung nun ironisch gemeint ist oder nicht — in Frankreich kann man sich beruhigen, Lloyd George hat es sicher nicht gar so ernsthaft gemeint.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ In der Antwort des Kaisers auf ein Glückwunschtelegramm Dr. Kaempf heißt es u. a.: Ich beginne das ernste, entscheidungsvolle Jahr in stolzer Dankbarkeit für die ungeheuren Erfolge, die unsern unermüdblichen Kämpfern und ihren genialen Führern Anteil geworden sind. Ich weiß, in welchem Umfange die treue Arbeit des Volkes in der Heimat zu diesen Erfolgen mitgewirkt hat und wieviel Not und Sorge zu überwinden waren. Es sind unvergängliche Ruhmesblätter, die das letzte Jahr der deutschen Geschichte hinzugefügt hat, und in die neben großen Feldherren auch schlichte Arbeiter und einsame Witwen ihre Schriftzeichen gezeichnet haben. Mein heißer, mich täglich begleitender Wunsch ist, daß mein geliebtes deutsches Volk ohne Abmühen aber im starken Bewußtsein seiner Macht und seines Rechts in weiser Selbstsucht seine Geschlossenheit nach innen und außen bewahre, bis der endgültige Sieg unserer Waffen den Grund zu freudiger Wiederentfaltung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kräfte legt. — Auch an die Stadt Berlin hat der Monarch ein herzliches Danktelegramm gerichtet. — Der Kaiser hat 500 000 Mark aus ihm übermiesenen Mitteln für die Errichtung einer Anstalt für Mutter- und Säuglingschutz im Regierungsbezirk Gumblinien (Ostpr.) bestimmt.

+ Der im Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte vorgesehene Reichsausschuß, der dem Reichskanzler Vorschläge für die Gewährung der Beihilfen zu machen hat, ist nunmehr durch den Bundesrat ernannt worden. Den Vorsitz im Reichsausschuß führt bis auf weiteres der Reichliche Geheimrat Rat Direktor im Reichswirtschaftsamt v. Jönquist. Die Geschäftsstelle des Reichsausschusses befindet sich in Berlin. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz vom 7. November 1917, die insbesondere auch Vorschriften über die Form der Beihilfenanträge enthalten, liegen dem Bundesrat zur Beisetznahme vor und werden in kürzester Frist veröffentlicht werden.

+ Die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses verhandelte über konservative Vorschläge, nach denen die dem Throne am nächsten stehenden volljährigen Agnaten, also der Kronprinz, die Fürsten des Hauses Hohenzollern, die Chefs der 1896 entthronten Fürstentümer, ebenso die Häupter der 1815 der Landeshoheit unterworfenen, ehemals reichsfürstlichen Häuser auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen werden sollten.

Schweden.

+ Aus Stockholm wird über estnisch-englische Verhandlungen berichtet. Eine estnische Abordnung ist in Stockholm erschienen, um mit englischen Persönlichkeiten über die Zukunft Estlands zu beraten. Der Führer der Abordnung, der Redakteur Lõnnison, gilt als Vertreter der bürgerlich-nationalen Kreise. Er soll angeblich durch den Gang der Verhandlungen in Brüssel veranlaßt worden sein, bei England Hilfe für das Selbstbestimmungsrecht Estlands zu suchen. England soll großes Entgegenkommen zeigen.

Frankreich.

+ Unter dem Druck der zunehmenden Frachtraumnot hat sich die Regierung entschlossen, vom 1. Februar ab alle im Hafen von Marseille liegenden Schiffe zu beschlagnahmen. Die Überseedampfer sowohl wie die Post- und Frachtdampfer haben keine festgesetzten Linien mehr, sondern werden je nach Bedarf verwendet. Der Postdienst wird verändert und herabgesetzt. Für die Folge sind ähnliche einschneidende Maßnahmen geplant, wenn — der amerikanischen Frachtraum noch lange auf sich warten läßt.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 28. Jan. Mit dem Staatssekretär v. Köhlmann ist auch der bayerische Vertreter Graf Bodewitz nach Brüssel gereist.

H Haag, 28. Jan. Die argentinische Kammer hat den Vorschlag auf Abschaffung der Geländesteuern in Berlin und beim Vatikan abgelehnt.

Paris, 28. Jan. Der „Figaro“ meldet, daß außer dem General Sarrail mehrere Generale seines Stabes in der Caillaux-Affäre verhaftet worden sind.

Amsterdam, 28. Jan. Nach Befinger Meldungen breitet sich die Revolution im Süden Chinas aus.

Berlin, 28. Jan. Nach einer Mitteilung des amerikanischen Schiffsdepartements sind bei einer Explosion in der Flotten- und Torpedostation in New Port sechs Menschen getötet und schwerer Sachschaden angerichtet worden.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 29. Januar 1918.

* Das Eisenerne Kreuz 2. Klasse erhielten der Minister Wilhelm Fehle von hier und Kanonier Herm. Geis von Sinn.

* Die Petroleumnotlampe hat sich schnell eingebürgert und wer sie noch nicht besitzt, sollte sofort eine anschaffen, denn es wird mit ihr eine wirkliche Petroleumersparnis erzielt. Die Anschaffung ist auch schon deshalb notwendig, weil mit dem jetzt vorhandenen Petroleumvorrat noch eine Reihe von Wochen gewirtschaftet werden muß; im Februar gibt es überhaupt kein Petroleum. Die Lampen sind sehr zu empfehlen und auf Zimmer Nr. 10 des Rathhauses zu haben.

Aus dem Taunus. Während seit Samstag früh ein graues undurchdringliches Nebelmeer über

der Rhein- und Mainebene lagert und jedweden Schiff-
fahrtsverkehr hemmt, blaut auf dem Hochtaunus seit
Freitag der köstliche Frühlingshimmel, und die Sonne
lacht von früh bis spät und treibt um die Mittags-
stunde das Thermometer schon auf 15 Grad Wärme in die
Höhe. Aus den wogenden Nebelschwaden ragen von
Königsheim und Hallsen im bergwärts die Kuppen des
Hochtaunus wie Horste und Felseninseln inmitten
eines unendlichen Ozeans auf, ein Bild, wie es nur
selten in die Erscheinung tritt. Wie vom Feldberg
gemeldet wird, ist den dortigen Beobachtungen zu-
folge recht bald mit klarem hellem Wetter in der
Ebene zu rechnen.

Eppstein i. T. Oberhalb des Dorfes löste sich
an einem Berge infolge des Tauwetters ein gewal-
tiger Felsblock los und stürzte in die Tiefe. Die
Gesteinsmassen, etwa 2000 Zentner, sperrten die Haupt-
straße. Menschenleben waren glücklicherweise nicht zu
beklagen; auch Materialschaden wurde nicht angerichtet.

Wiesbaden. Die Gedächtnisfeier für den ver-
storbenen Generalsuperintendenten a. D. Dr. theol.
Heinr. Maurer fand am Freitag vormittag 11 Uhr
in der Marktkirche statt. Vor dem Altar, dessen Hin-
tergrund mit grünen Blattpflanzen geschmückt war,
stand der mit Blumen und Kränzen bedeckte Sarg
zwischen nichtspendenden Standleitern aufgebahrt. Zu
der Feier hatten sich außer den nächststehenden An-
verwandten des Entschlafenen die evangelische Geist-
lichkeit von Wiesbaden und Umgebung, Mitglieder der
Bezirks- und Kreissynoden und der Kirchenvorstände
sowie eine große Trauergemeinde eingefunden, die
den weiten Kirchenraum füllte. Eingeleitet wurde die
Feier durch den Schwesternchor des Paulinenstifts
mit dem Liede „Wie sie so sanft ruhn“. Darauf
sprach Pfarrer Schüller das Einleitungsgebet, dem
sich ein Kirchenlied, gesungen von der ganzen Ge-
meinde, anschloß. Die Gedächtnisrede wurde von
Pfarrer Schüller mit eindrucksvoller Wirkung ge-
sprochen. Winkl. Geh. Oberkonsistorialrat Dr. Ernst
legte sodann im Namen des Konsistoriums einen Kranz
an der Bahre nieder. Desan Schmidt aus Höchst
sprach im Namen der Synode des Konsistorialbezirks
Wiesbaden und legte eine Blumenpende nieder. Prof.
Dr. Knodt, der Direktor des Predigerseminars in
Herborn, legte namens des Predigerseminars, der
Kreissynode Herborn, der Kirchengemeinde Herborn und
des Missionshilfsvereins zwei Kränze nieder und gab
der Erinnerung und dem Danke Ausdruck, die sich
der Heimgegangene während seiner langjährigen Tä-
tigkeit in Herborn als Lehrer und Seelsorger auf
allen Gebieten in seinem früheren Wirkungsbereich
wohlverdient hat. Namens des Hausvorstandes des
Paulinenstifts und dessen Schwesternschaft überbrachte
Pfarrer Schüller einen Kranz. Zum Schlusse präs
Geh. Konsistorialrat Jäger aus Birstadt das viel-
seitige Wirken des Entschlafenen auf dem Gebiete
des kirchlichen Vereinswesens und überbrachte einen
Kranz für den evangelischen Verein und dessen Er-
ziehungsstätte, das Rettungshaus. Das Schlussgebet,
gesprochen von Pfarrer Schüller, der Gemeindege-
sang „Jerusalem, du hochgebaute Stadt“ und der
Choral „Unter den Sternen da wird es einst tagen“,
gesungen vom Schwesternchor des Paulinenstifts, be-
endeten die kirchliche Feier. Darauf erfolgte die
Ueberführung der Leiche in langem Trauerzuge durch
die Stadt nach dem Nordfriedhof, wo unter Gebet
und Segen der Sarg in einer Familiengruft bei-
gesetzt wurde.

Niederlahnstein. In der Angelegenheit der
Lebensmittelstelle der Nassanischen Rheinstädte wollte
ein Berliner Beamter hier, um sachdienliche Unter-
suchungen anzustellen.

Bad Homburg v. d. H. Die Kaiserin traf
am Montag früh wieder zu längerem Aufenthalt hier
ein und nahm im Schloß Wohnung.

Mannheim. Beim Hantieren mit einer Granate
in der Wohnung des Verführers Korn explodierte
das Geschloß und verletzte einen Mann, eine Frau
und vier Kinder lebensgefährlich.

Mainz. Im Güterbahnhof zu Koblenz wurden
vor einigen Tagen durch die Polizei 800 Zentner
als „Pioniergut“ deklariertes, nach Mainz adressiertes
gefahrenes Schweinefleisch, welches aus Belgien ein-
geschmuggelt war, beschlagnahmt und der Armeekon-
servenfabrik Mainz überwiesen. Nur etwa 300 Ztr.
sollen nach dem „M. M.“ verwendbar gewesen sein.
Der Rest sei verdorben und zum menschlichen Genuß
nicht mehr brauchbar.

Bad Salzschlirf. Hier plant man die Errich-
tung zweier Erholungsheime für Offiziere und Mann-
schaften. Das Offiziersheim soll 50, das Mann-
schaftsheim 100 Betten enthalten. Entsprechende Ver-
handlungen zwischen der Badeverwaltung und den
Logierhausbesitzern und der Militärverwaltung sind
bereits aufgenommen worden.

Letzte Nachrichten.

**Der neueste deutsche Generalstabsbericht.
Heftige Angriffe der Italiener gescheitert.
London und Sernese mit Bomben beworfen.**

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Antik.)
29. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie-
Tätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In der Champagne entwickelten sich lebhafteste ört-
liche Kämpfe. Beiderseits der Straße Hilaire bis St.

Souplet schellerten am Morgen kleine französische
Angriffs-Unternehmungen. Unsere Stellungen zwischen
den von Somme-Py und Ripont nach Südosten fah-
renden Straßen lagen am frühen Nachmittag unter
heftigstem feindlichen Feuer. Unter seinem Schutze
stieß französische Infanterie mit Flammenwerfern
gegen mehrere Stellen der Front vor. Mit schweren
Verlusten wurden sie zum Teil vor unseren Hin-
dernissen, zum Teil im Nahkampf zurückgeworfen.
Einige Gefangene blieben in unserer Hand, mehrere
Flammenwerfer wurden erbeutet.

Kege Fliegertätigkeit führte zu zahlreichen Luft-
kämpfen. Wir schossen gestern 13 feindliche Flugzeuge
und einen Fesselballon ab.

London und Sernese wurden erfolgreich mit
Bomben beworfen.

Französische Flieger setzten ihre Angriffe gegen
unsere Lazarette fort. Während im Monat Dezember
die Lazarettanlagen von Reihel mehrfach das Ziel
ihrer Bombenabwürfe waren, griffen sie in den letzten
Tagen die Anlagen von Labry östlich von Conflans
an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche der Siebengemeinden ist von
neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener
griffen gestern in den Abschnitten östlich von Asiago
bis zur Brenta mit starken Kräften an. Am Monte
Sisemol und westlich brachen ihre Angriffe vor den
österreichisch-ungarischen Stellungen meist schon im
Feuer zusammen. Der Monte di Bal Bella, auf dem
sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen
im Gegenstoß wieder entzogen. Ebenso warfen un-
sere Verbündeten in dem Gebiet des Col del Rosso,
sowie zwischen dem Frenzela-Fluß und der Brenta
ansturmenden Feind nach schweren Kämpfen zurück.

Wiederholte Versuche des Feindes östliche Ein-
bruchsstellen durch Einsatz seiner Reserven zu er-
weitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. 10 Offi-
ziere und 350 Mann wurden gefangen.

Eines unserer Bombengeschwader warf in der Nacht
vom 26. zum 27. Januar mit guter Wirkung 21000
Kilogramm Bomben auf Castel-Franco, Treviso und
Mestre ab. Große Brände waren weithin sichtbar.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Spaltung in der Bolschewiki-Partei.

Haag, 29. Jan. (All) „Daily Express“ meldet
aus Petersburg: In der Bolschewiki-Partei ist eine
Spaltung eingetreten. Die Mehrheit ist der Ansicht,
daß das völlig isolierte Rußland infolge seiner
Schwachheit zu einem Sonderfrieden gezwungen ist.
Die Minderheit der Partei, die sich hierin mit den
Sozialrevolutionären vereinigt, ist bereit, Deutschlands
Herausforderung anzunehmen und die Periode der
revolutionären Verteidigung zu beginnen.

Stockholm, 29. Jan. (All) Die sozialrevolu-
tionäre Partei scheint eine energische Agitation gegen
die maximalistische Herrschaft und für den Wiederzu-
sammentritt der gesetzgebenden Versammlung aufge-
nommen zu haben. Ihre Sendlinge bearbeiten die
Truppen der Petersburger Garnison, unter denen
die Stimmung durch den Bürgerkrieg und die Mög-
lichkeit des Scheiterns der Verhandlungen mit
Deutschland ganz umgeschlagen sein soll. In ver-
schiedenen Regimentern sollen Beschlüsse gefaßt wor-
den sein, wonach sie bereit seien, die gesetzgebende
Versammlung gegen die Regierung zu unterstützen.

Die Ententebesatzung Wladivostoks.

Stockholm, 29. Jan. (All) Aus Wladivostok
melten russische Zeitungen, daß dort außer den ja-
panischen nunmehr auch mehrere englische Schiffe
eingelaufen seien. Unterwegs befanden sich noch ameri-
kanische Schiffe. Die Konsula haben ihre Regierungen
um schnellen Schutz gebeten.

Die Antwort Lloyd Georges.

Genf, 29. Jan. (All) Die „Daily News“ be-
richten, daß Lloyd George demnächst nach Einder-
nehmen mit den Alliierten sowohl die deutschen als
auch die österreichisch-ungarischen Auslassungen zu
seiner wie zu Wilsons Rede beantworten werde. —
Der „Avanti“ schreibt: Die italienischen Sozialisten
sind entschlossen, auch ihrerseits die Friedensreden
der Staatsmänner der Mittelmächte zu erwidern. Sie
werden in der Kammer einen Antrag auf Einleitung
der Kriegführenden zu Friedensbesprechungen ein-
bringen.

Verhandlungsbereitschaft Amerikas?

Genf, 29. Jan. (All) Nach einer „Matin“-Mel-
dung erhält die „Newport World“ ein Telegramm
aus Washington über die diplomatische Lage, in welchem
erklärt wird, Oesterreich-Ungarn könne mit den Ver-
einigten Staaten durch die spanische Botschaft oder
die schwedische Gesandtschaft in Wien verhandeln.

Der Arbeiterausstand in Barcelona.

Genf, 29. Jan. (All) Nach einer „Matin“-Mel-
dung sind in Barcelona über 300000 Arbeiter in
den Ausstand getreten. Alle Fabriken sind geschlossen,
die Lebensmittelgeschäfte geplündert. Die tele-
graphischen Verbindungen mit der Stadt sind unter-
brochen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Abgabe von Ferkeln und Schlachtung von Schweinen.

Ziffer III der Bekanntmachung vom 2. November 1917
(B. II. 1287) wird aufgehoben, an deren Stelle treten folgende
Befehle:

Die bisherige Freigabe von Ferkeln bis 15 Kgr. Le-
bendgewicht zur Schlachtung wird aufgehoben, ebenso die bisherige
freie Abgabe des Ferkelfleisches. Von jetzt ab unterliegen
Schlachtungen von Ferkeln und die Verwendung von Ferkel-
fleisch wieder den allgemeinen Bestimmungen der Verordnung
über die Regelung des Fleischverkehrs und den Handel mit
Schweinen vom 19. Oktober 1917 (R. G. Bl. S. 949). Es
nach darf die Schlachtung von Ferkeln nur auf Grund
vorgegebener Schlachtgenehmigung des Kommunalverbandes
erfolgen, das Ferkelfleisch wird zum vollen Gewicht auf
Fleischkarte angerechnet.

Ferkel bis zu 15 Kgr. Lebendgewicht dürfen in glei-
cher Weise wie Läuferferkel bis zu 25 Kgr. Lebendgewicht (Ziffer
2 der Bekanntmachung vom 3. November 1917) ohne besonde-
re Genehmigung zu Jucht- oder Mastzwecken an Landwirte
Selbstversorger verkauft werden. Soweit sie nicht nachweislich
zu Jucht oder Mastzwecken verkauft werden, müssen sie an
Mitglieder des Viehhändlerverbandes veräußert werden, wel-
che den Kreisfleckstellen des Viehhändlerverbandes zuzuführen
haben. Die Ferkel dürfen auch unmittelbar an die Kreis-
fleischstellen des Viehhändlerverbandes veräußert werden.

Für Schlachtferkel bis zu 15 Kgr. Lebendgewicht
der Höchstpreis ab Stall auf 1,10 Mk. für ein halb Kilogramm
Lebendgewicht festgesetzt.

Vorstehende Bestimmungen treten mit der Veröffentlichung
in Kraft.

Frankfurt, den 19. Januar 1918.

Königl. Bezirksfleischstelle für den Reg.-Bez. Wiesbaden.

Infolge des für die Hausfleischungen auf den
31. Jan. 1918 gesetzten Termins mehrten sich die An-
träge, Schweine angeblich zu Juchtzwecken zurück-
behalten zu dürfen. Um einer Umgehung dahin-
begegnen, daß diese angeblichen Juchtschweine da-
für Schlachtzwecken dienen sollen, wird bestimmt:

Für Schweine, die am 31. 1. 18. ein Gewich-
von über 25 Kilogramm haben und als Juchtschwein
zurückbehalten werden sollen, ist im Herbst auf ein
Erlaubnis zur Schlachtung nur dann zu rechnen,
wenn der Besitzer innerhalb der 5 letzten Jahre schon
Schweinezucht trieb und wenn das Schwein im Laufe
dieses Jahres vor Stellung des Schlachtantrages in
zwischen geferkelt hat.

Tiere unter 25 Kilogramm können zur Jucht
oder Mast ohne weiteres gehalten und von Land-
wirten oder Selbstversorgern erworben werden, falls
nachweislich erlaubt und nicht für die menschliche
Ernährung dienende Futtermittel vorhanden sind. Es
ist also unter anderem in den meisten Fällen Voraus-
setzung, daß die behördlich angeforderten Kartoffel
vom Tierhalter abgegeben worden sind. Eine dies-
bezügliche Bescheinigung des Bürgermeisters ist er-
wünschten Anträgen auf Belassung von Schweinen be-
izufügen.

Die Anträge sind an die Kreisfleischstelle zu
richten.

Ellenburg, den 23. Januar 1918.

Der königliche Landrat.

Wird hiermit veröffentlicht.

Herborn, den 29. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Für Pfarrhaus auf dem Lande
zum 1. März fleisches, treues
Mädchen
gefragt.
Frau Pastor Schacht,
Almersbach bei Altenkirchen
(Westertal).

Suche zum 1. Februar ein
besseres, älteres
Erst-Mädchen,
das durchaus zuverlässig und
in allen vorkommenden Arbeiten
einfach ist.
Frau Karl Danz, Essen
Hlenbergstr. 26

Ein gut empfohlenes
Mädchen
für Küche und Haus zum 1. März
gefragt.
Frau Min. Wink,
Gießen, Siebstr. 39 p

**Fleisch-Kücher- und
Aufbewahrungschränke**
sind j. dem Haushalt zu empfehlen.
Bischoff in die. Größen
Carl Bald, Weidenau a. Sie.

Für Heereszwecke
kaufen wir jeden Posten
Eichenholz
trocken und trocken 14 cm Dur-
messer aufwärts, gerundet, ab
Qualitätsanprüche von 60 cm
aufwärts aus allen Beständen.
Buchenbrennholz,
Länge bis 2,50 m und auf 10 cm
geschnitten.
Bischoff an
W. Haumann u. Co.,
Industrieblöcker,
Göln, Kaiser-Wilhelm-Ring 2.
Telegr. A 6782 Fernspr. A 6782
A 8904 Telegr. B 6782
A 8904 Telegr. C 6782

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
honts nach langem, schweren Leiden meinen
innigstgeliebten Mann, den guten Vater seiner
Kinder, Großvater, Schwiegervater und Onkel,

Herrn Friedrich Laatsch

im 78. Lebensjahre zu sich zu rufen.

Herborn, den 28. Januar 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr statt.